



Erste Wahl Energieeffizienz: Stellenwert in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl

11. Juli 2017 Alle Angaben ohne Anspruch auf Vollständigkeit

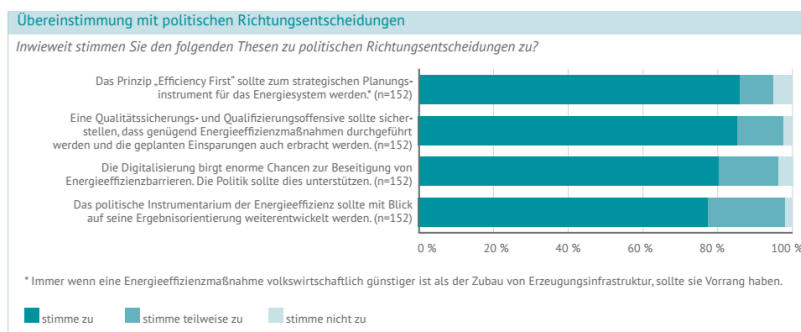
Nach der Bundestagswahl 2017 werden die Weichen für den zweiten Teil der Energiewende gestellt: Nach dem bisherigen reinen Fokus auf erneuerbare Erzeugungskapazitäten wird es dann um die Optimierung des Gesamtsystems gehen müssen. „Efficiency First“ ist das Zauberwort. Auch für die Parteien im Wahlkampf?

Die Parteiprogramme wurden im Detail anhand möglicher politischer Richtungsentscheidungen ausgewertet, die den Unternehmen der Energieeffizienzbranche laut einer Befragung zum Branchenmonitor Energieeffizienz 2017 besonders wichtig sind (siehe Abbildung unten). Neben einem Paradigmenwechsel zu einem Vorrang von Effizienz in der Energiepolitik (Efficiency First) betrifft dies die Aspekte Qualitätssicherung und Qualifizierung, Ergebnisorientierung der Instrumente sowie die Rolle der Digitalisierung zur Steigerung der Energieeffizienz.

	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke
Grundaussage / Efficiency Frist	—	👍	👍	—	—
Energieeffizienzgesetz	—	👍	👍	👎	👍
Qualifizierung	👍	👍	👍	👍	👍
Qualitätssicherung	—	—	—	—	—
Ergebnisorientierung	—	—	👍	—	—
Digitalisierung	👍	👍	👍	👍	👍
Weitere Initiativen	👍	👍	👍	👎	👍

👍 Klares Bekenntnis / Umfangreiche Vorschläge
 👍 Tendenzielles Bekenntnis / Einzelne Vorschläge
 — fehlt 👎 Ablehnung

Die Bewertung der Wahlprogramme fällt gemischt aus: Bei Union und FDP taucht das Wort Energieeffizienz überhaupt nicht auf. Die übrigen Parteien bekennen sich zwar zu diversen Effizienzzielen und -Maßnahmen, jedoch fand sich ein klares Bekenntnis zum Prinzip „Efficiency First“ nur bei der SPD – bis zum Programmparteitag. Dort wurde es wieder gestrichen. Ein ausdrückliches Energieeffizienz- bzw. Energiespargesetz wollen nur die Grünen einführen. Sie äußern sich außerdem konkret zur Rolle der Digitalisierung zur Steigerung der Energieeffizienz. Eine spezifische Qualifizierungsoffensive sowie klare Aussagen zu einer besseren Qualitätssicherung und Ergebnisorientierung finden sich bei keiner Partei. Dafür werden viele weitere Initiativen genannt – jedoch auch rote Linien.



Quelle: Branchenmonitor Energieeffizienz 2017

Grundaussagen zum Stellenwert von Energieeffizienz

In den Programmen von FDP und Union taucht das Wort Energieeffizienz nicht auf. Die SPD bekannte sich im Programmwurf zunächst klar zum Prinzip „Efficiency First“, nach dem rentable Energieeffizienzmaßnahmen Vorrang vor dem Ausbau der Erzeugung haben sollen. Im Zuge des Programmparteitags wurde dieser Passus allerdings wieder gestrichen. Das Bekenntnis zur Energieeffizienz ist jedoch weiter deutlich und findet noch vor den Erneuerbaren und anderen Energiethemen Erwähnung. Die Grünen wollen eine Effizienzrevolution einleiten und ein Energiespargesetz vorlegen, Linke und SPD immerhin ein allgemeineres Klimaschutzgesetz.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke
Grundaussage / Efficiency First	-	<p>„Wir werden Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen“ (...) „Dabei haben rentable Energieeffizienzmaßnahmen Vorrang vor dem Erzeugen zusätzlicher Energie.“</p>	<p>„Nach wie vor gilt: Die beste Kilowattstunde ist die, die nicht verbraucht wird. Wir wollen eine Effizienzrevolution einleiten.“</p>	-	<p>„...hin zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, ökologischer, Mobilität, Klimaschutz und gerechten Übergängen zu einem nachhaltigen Wirtschaften.“</p>
Energieeffizienzgesetz	-	<p>„Wir werden ein nationales Klimaschutzgesetz erarbeiten. Dieses Gesetz wird Ziele für alle klimarelevanten Sektoren enthalten.“</p>	<p>„Darum legen wir ein Energiespargesetz vor, das ambitionierte, aber realistische Vorgaben macht“</p>	<p>„Nationale Alleingänge wie den Klimaschutzplan 2050 lehnen wir ab. Er schreibt für einzelne Sektoren in Deutschland konkrete Einsparziele vor, ohne einen wesentlichen Klimaeffekt zu haben.“</p>	<p>„Die genannten Ziele müssen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden.“</p>

Qualitätssicherung und Qualifizierung

Unter zunehmend komplexeren Bedingungen und Wechselwirkungen müssen Energieeffizienzlösungen noch besser umgesetzt werden, um die versprochene Energieeffizienz auch tatsächlich abzuliefern und langfristig sicherzustellen. Das ist wichtig, um das Vertrauen von Energieverbrauchern nicht zu verlieren, staatliche Fördermittel sorgsam zu verwenden und letztendlich die angestrebten Klima- und Energieziele auch wirklich zu erreichen.

Das Programm der Grünen erwähnt das Thema Qualifizierung im breiteren Kontext einer ökologischen Modernisierung. Die Programme von Union, SPD, Linken und FDP thematisieren Qualifizierung nur. Das Thema Qualitätssicherung findet in keinem der Programme Erwähnung. CDU/CSU und SPD erwähnen Qualität in Bezug auf Umsetzer wie Handwerker, jedoch auch hier nur allgemein gehalten. Beide attestieren bereits gute Standards. Die SPD verspricht eine Stärkung der Qualität der Ausbildung.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke
Qualifizierung	„Unser Land braucht geeignete und qualifizierte Fachkräfte in großer Zahl. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung erheblich verstärken.“	„Bestehende Qualifizierungsangebote sollen ausgebaut und aufeinander abgestimmt werden“	„Die ökologische Modernisierung kann dabei eine Chance sein, gerade auch Jobs nicht nur für Programmierer, sondern auch für Handwerkerinnen, Bauarbeiterinnen und Facharbeiterinnen zu schaffen. Qualifizierung und Weiterbildung werden dabei von zentraler Bedeutung sein.“	„Wenn wir dem Fachkräftemangel [...] entgegenzutreten wollen, müssen unsere Studierenden zu qualifizierten Spezialisten werden. [...]Im Bereich der beruflichen Bildung verfügt Deutschland bereits über eine Form der Qualifizierung, die weltweit Strahlungswirkung entfaltet [...]. Stärken wir diese Stärke auch weiterhin!“	„Qualifizierung der Beschäftigten ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht auf die Einzelnen abgewälzt werden darf.“
Qualitätssicherung	„Selbstständige, freie Berufe, Handwerk und Mittelstand sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und stehen weltweit für hohe Qualitätsstandards.“	„Das deutsche Handwerk lebt von seiner ausgezeichneten Qualität und seinem hervorragenden Ruf. Um die Sicherheit und Qualität in der Ausbildung zu gewährleisten, werden wir das System der zulassungspflichtigen Handwerksberufe sowie den Meisterbrief stärken.“	-	-	-

Ergebnisorientierung

Die politischen Instrumente sind nicht so gestaltet, dass sie auf die politischen Ziele direkt einzahlen. Daher sollten das Instrumentarium künftig stärker und technologieoffen messbare Effizienzerfolge belohnen und langfristig sichern. Energieverschwendung sollte verhindert werden. Eine solch grundsätzliche Ausrichtung findet in keinem der Programme Erwähnung. Die Grünen fordern realistischere PKW-Verbrauchstest sowie eine Kopplung von Industrieausnahmen beim EEG an die Umsetzung von Maßnahmen. Aus Sicht der FDP sollte der Markt allein technologieneutrale Entscheidungen herbeiführen.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke
Ergebnisorientierung	-	-	„Verbrauchstests müssen realistisch und ihre Ergebnisse nachvollziehbar werden.“ (PKW) [...] „Rabatte [...] für z. B. bei der EEG-Umlage begünstigte Unternehmen] sollen zudem an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden.“	„Nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen.“	-

Digitalisierung

Viele Energieeffizienzpotenziale werden nicht realisiert, obwohl sie aus Investitionssicht wirtschaftlich sind. Das liegt an versteckten Transaktions-, Opportunitäts- und Risikokosten, denn der Markt ist kleinteilig und intransparent. Digitalisierung bietet hier enorme Chancen, diese Kosten zu senken und damit attraktivere Geschäftsmodelle für die eingesparte Kilowattstunde zu schaffen. Nur die Grünen äußern sich in ihrem Programm spezifisch zur Rolle der Digitalisierung zur Verbesserung der Energieeffizienz. Bei FDP geht es ausschließlich um die Digitalisierung der Energieversorgung, bei der SPD und CDU/CSU um die der Energiewende im Allgemeinen. Die Linke thematisiert – wie alle anderen Parteien – Digitalisierung an vielen Stellen ihres Programms, in Bezug auf Energie aber nur indirekt mit dem Begriff „Smart Cities“.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke
Digitalisierung	„Die Energiewende wird weit besser gelingen, wenn wir die Digitalisierung 2090 nutzen, um Erzeugung, Vermarktung und Verbrauch von Energie miteinander zu vernetzen. Dadurch wird die Versorgungssicherheit erhöht und die Kosten werden begrenzt.“	„...und die Digitalisierung der Energiewende wollen wir gezielt durch Forschungs- und Entwicklungsprogramme voranbringen.“	Durch Digitalisierung können wir vieles in der Wirtschaft viel ökologischer machen [...]. Um die Energieeffizienz zu verbessern, werden wir die Wirtschaft unterstützen und Green-IT-Konzepte weiter vorantreiben.	„Auch die Digitalisierung im Energiemarkt muss mit marktwirtschaftlichen Prinzipien statt staatlichem Zwang vorangetrieben werden.“	„Wir stellen Innovationen und Digitalisierung in den Dienst des Öffentlichen. »Smart Cities« von links sind öffentlich, transparent, und für alle zugänglich.“

Konkrete weitere Initiativen und rote Linien

Neben Inhalten der Programme, die sich auf die oben genannten Dimensionen beziehen lassen, enthalten die Programme aller Parteien weitere Initiativen. Eine Ausnahme bildet das Programm der FDP, das beinhaltet, alle energiepolitischen Instrumente durch einen weiterentwickelten Emissionshandel abzulösen. Die Unionsparteien beschränken sich als einziges Vorhaben auf einen neuen Anlauf zur steuerlichen Förderung energetischer Gebäudesanierungen. SPD und Grüne wollen sich für einen CO₂-Mindestpreis einsetzen. Die Programme der übrigen Parteien (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke) enthalten Vorschläge zum Ausbau von Förderangeboten. Diese drei Parteien betonen zudem die Rolle von Produktstandards und sie bekennen sich zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Bei SPD, Grünen und Linken spielt die Begrenzung der Belastung von Mietern nach Sanierungen eine große Rolle. Die FDP spricht sich grundsätzlich gegen (weitere) Auflagen und Subventionen aus.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke
Weitere Initiativen (pro)	<ul style="list-style-type: none"> - Steuerliche Fördermöglichkeiten für die Gebäudesanierung - Prüfung von Lösungen, die eine Amortisation von Energieeffizienzinvestitionen über die gesamte Lebensdauer des Gebäudes ermöglichen 	<ul style="list-style-type: none"> - Vorbildrolle öffentliche Hand bei Gebäudesanierung und Verkehr - Effizienzstandards für Produkte und Dienstleistungen weiterentwickeln - CO₂-Mindestpreis - Förderung Kraft-Wärmekopplung - Unterstützung für Hausbesitzer bei der energetischen Gebäudesanierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Klimawohngeld für Wohngeldempfänger - Programm „Faire Wärme“ - CO₂-Mindestpreis - Top-Runner Produktstandards - Beratung ausbauen - Förderung KWK 	<ul style="list-style-type: none"> - Emissionshandel als globales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> - Energieeffiziente Schulen - Öko-Abwrackprämie - Energieeffizienzfonds - Mindeststandards Produkte, - Produktionsweisen und Gebäude - Klimawohngeld - Sockeltarif für Strom - KWK fördern - Verbindlicher Plan und Aufstockung der Förderprogramme für energetische Gebäudesanierung um Sanierungsrate von derzeit 1,1 Prozent auf zwei Prozent im Jahr verdoppeln
Weitere Initiativen (contra)	<ul style="list-style-type: none"> - Kein Beschluss von Maßnahmen, die die Schaffung von Wohnraum zusätzlich verteuern 	<ul style="list-style-type: none"> - Begrenzung der Mieterhöhung nach Modernisierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Verringerung der Umlage von Modernisierungskosten 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine neuen Vorschriften, Subventionen und Zwangsabgaben - Keine CO₂-Mindestpreise - Keine Nutzung von ETS-Versteigerungserlösen für Subventionen - Stromsteuer senken 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine höheren Warmmieten oder Verdrängung durch Sanierung

Quellen:

Bündnis 90/ Die Grünen (2017): Zukunft wird aus Mut gemacht.

CDU/CSU (2017): Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.

Die Linke (2017): Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.

FDP (2017): Schauen wir nicht länger zu.

SPD (2017): Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken.